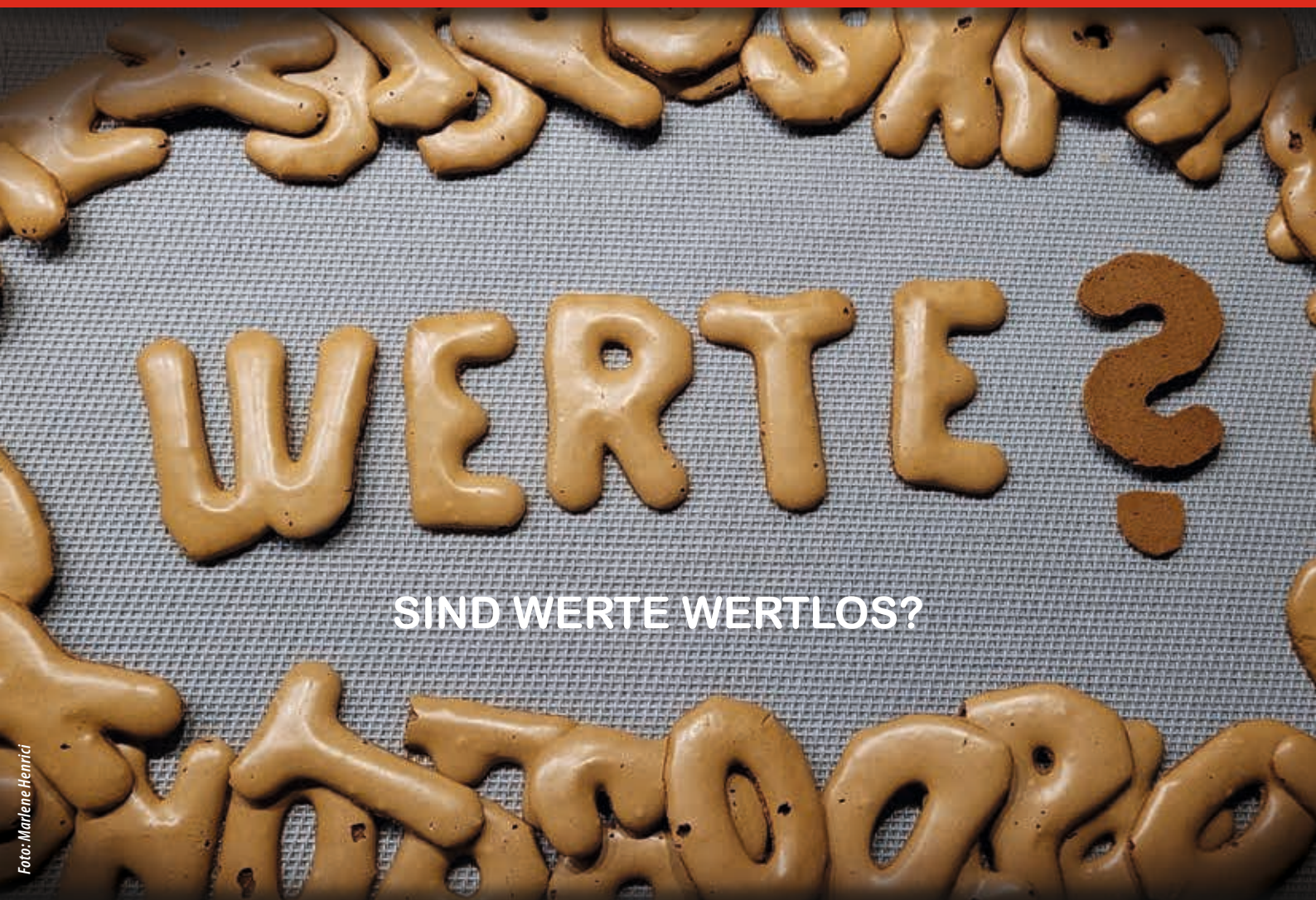


wir

Älteren in den Gewerkschaften
in Bremen und Bremerhaven



SIND WERTE WERTLOS?

Foto: Marlene Henrich

GESCHICHTE

Der Lebensweg von
Louise Ebert » 16



WELT

Einen Zipfel Afrikas erhaschen –
15 Tage in Ghana » 18



REGIONAL

Anton und der
Kleine Preuße » 22



Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Unterstützung für die Ukraine in diesem schrecklichen und immer noch andauernden Krieg wird unter anderem mit der Verteidigung unserer westlichen Werte durch die Ukraine begründet. Aber wie steht es in der Realität mit unseren niedergeschriebenen Werten?

Die Klimakrise ist nach wie vor nicht gelöst. Junge Leute protestieren unter dem Label „Letzte Generation“ mit Aktionen, die in Politik und Medien dazu verleiten, vor einer aufkommenden Klima RAF zu warnen und hohe Haftstrafen für die Aktivist:innen zu fordern.

Für die Kliniken in Deutschland wird von unserem Gesundheitsminister Lauterbach eine Revolution angekündigt.

Wir blicken zurück und bringen die Währungsreform und die erste First Lady Deutschlands in Erinnerung. Unsere neuen Rubriken: Gedichte und Buchrezensionen werden fortgesetzt.

Wie immer freuen wir uns über Leserbriefe, die sich kritisch mit den Artikeln auseinandersetzen.

Eure WIR-Redaktion

NEUE WEGE

Ab sofort findet ihr uns auch in den sozialen Netzwerken Facebook, Instagram und Twitter. Schaut gerne vorbei!

 SeniorInnenzeitung Wir  seniorinnenzeitungwir  @wirbremen

- 03** **Verteidigt die Ukraine auch die Werte Europas?**
Holger Zantopp
- 06** **Aufstehn! Für den Frieden**
Reiner Meissner
- 08** **Verbrecher?**
Wolfgang Bielenberg
- 09** **Soziales Pflichtjahr – sinnvoll oder anmaßend?**
Marita Froese-Sarimun & Reiner Meissner
- 10** **Kriege geht jümmers vöran, nich blots mit Wapengewalt**
Holger Zantopp
- 11** *Erdichtetes*
Über die Wahrheit
Ulrike Kleinert
- 12** **Nepper, Schlepper, Schockanruf**
Traudel Kassel
- 13** **Nur ein Reförmchen – Fehlstart der Krankenhausreform**
Marlene Henrici
- 14** **Geheime Fracht für Bremerhaven**
Wolfgang Schröder
- 16** **Louise Ebert – ein ungewöhnlicher Lebenslauf**
Marlene Henrici
- 18** **15 Tage in Ghana**
Traudel Kassel & Bernd Krause
- 20** *Lesenswert*
Höllenstein
Wolfgang Schröder
- 21** *Glosse*
König Kunde
Traudel Kassel
- 22** **Anton und der Kleine Preuße**
Wolfgang Bielenberg
- 24** **Erinnerung an Willy Hundertmark**
Ernst Steinhoff
- 26** *Kurz & Knapp*
Theater-Projekt & Arbeitskreise
- 27** **Leserbriefe, Gratulation und Impressum**
- 28** *Veranstaltungen*
Gedenken an die NS-Opfer

Verteidigt die Ukraine auch die Werte Europas?

Kritik am Mythos vom „guten Westen“



Es gibt in Deutschland einen weitgehenden politischen Konsens, der allerdings nicht von allen geteilt wird. Gemeint ist die „Wertegemeinschaft“, die die Ukraine mit den EU-Staaten oder mit allen europäischen Ländern per Definition miteinander verbinden soll. Indem die Ukraine nach Auffassung von Bundesaußenministerin Baerbock auch für die Werte Europas kämpft, leitet sie daraus einen Gleichklang der Interessen ab. Die „westlichen Werte“ gehören demnach zu den Motiven, die Ukraine im Kampf gegen die Angriffe Russlands zu unterstützen – ideologisch, materiell und vor allem militärisch.

Grundrechte in der Europäischen Union

Zu den unverzichtbaren Grundsätzen zählen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Gewaltenteilung, Meinungs- und Pressefreiheit, Achtung der Menschenrechte und die Förderung des Friedens. Wer wollte dem widersprechen? Wohl niemand.

Die Frage ist nur, werden Länder, die sich zu den Grundwerten bekennen, in ihrer praktischen Politik den Erfordernissen gerecht? Ein Blick

auf Polen und Ungarn lässt Zweifel aufkommen. Beide EU-Länder befinden sich in einem Dauerkonflikt mit der EU-Kommission. Noch immer werden den Regierungen in Warschau und Budapest gravierende rechtsstaatliche Defizite bescheinigt. Dies betrifft die Justiz, die Medien und die Korruptionsbekämpfung. Die Brüsseler Kommission übt zwar Druck auf Polen und Ungarn aus, aber offenbar nicht genug.

Der ukrainische Präsident Selenskyi spricht gerne davon, dass es sich bei dem von ihm regierten Land um einen „Musterstaat“ handelt. Andere bezeichnen die Ukraine als defekte Demokratie. In einem Kommentar der „WELT“ (April 2022) heißt es: „Die Ukraine zum demokratischen Musterstaat zu verklären, ist eine Illusion“.

Fakt ist: In Europa ist die Ukraine laut Transparency International das zweitkorrupteste Land, direkt hinter Russland.

Angestrebte EU- und NATO-Mitgliedschaft der Ukraine

Die Ukraine hat mittlerweile den Status eines EU-Beitrittskandidaten.

Werden Länder, die sich zu den Grundwerten bekennen, in ihrer praktischen Politik den Erfordernissen gerecht?



Türkische Militärpatrouille an der syrischen Grenze und türkische Panzer auf dem Weg in syrische Kurdengebiete – NZZ Zürich, ap
 Protest in London gegen Abschiebeflüge nach Ruanda – amnesty.int./imgao, Kriegsoffer im Jemen – Welthungerhilfe/Reuters

In den “Kopenhagener Kriterien” von 1993 ist festgelegt, dass bestimmte Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft erfüllt sein müssen. Dazu gehört unter anderem das Bekenntnis zur “Marktwirtschaft”. Dem kapitalistischen Privateigentum an Produktionsmitteln wird absoluter Vorrang eingeräumt.

Nach der russischen Annexion von vier ukrainischen Regionen im September 2022 hat die Regierung in Kiew mit einem beschleunigten Antrag auf einen NATO-Beitritt reagiert. Neun Mitgliedsländer aus Ost- und Südosteuropa befürworteten die Initiative, nicht aber NATO-Generalsekretär Stoltenberg. Noch überwiegt die Skepsis, weil die Aufnahme der Ukraine mit erheblichen Eskalationsrisiken verbunden wäre. Für die NATO-Hardliner ist das aber kein Grund, der Ukraine die Mitgliedschaft im westlichen Militärbündnis zu verweigern. Sie wollen die Osterweiterung vorantreiben und sprechen von einem “Bollwerk” gegen Russland.

Der Westen schweigt zu türkischen Angriffen

Das Vorgehen der Türkei gegen Kur-

denmilizen in Nordsyrien und im Nordirak ist keinesfalls mit “westlichen Werten” vereinbar. Schließlich ist die Türkei Mitglied der NATO, nicht aber der EU, und somit Teil der westlichen Militärallianz. Im Frühjahr 2022 hatte die Türkei eine Luft- und Bodenoffensive gegen die PKK und andere kurdische Kämpfer gestartet. Präsident Erdogan machte schon damals deutlich, er möchte „Köpfe der Terrororganisation zermalmnen“.

Nach dem Terroranschlag in Istanbul Mitte November 2022 reagierte die türkische Luftwaffe erneut mit Bombenangriffen auf kurdische Stellungen in Nordsyrien und im Nordirak. Und wieder hüllt sich der Westen in Schweigen.

WARUM?

Grund ist der NATO-Beitrittswunsch von Schweden und Finnland. Von den Mitgliedsländern des Militärbündnisses blockiert die Türkei weiterhin die Aufnahme der beiden nordeuropäischen Staaten. Diese bislang bündnisfreien Länder und die NATO befürchten, dass Kritik am Krieg der Türkei zu einer Verhärtung der Position von Präsident Erdogan führen würde.

Erdogan macht militante Kurden für das Attentat in Istanbul verantwortlich, bei dem sechs Menschen getötet und viele weitere verletzt wurden. Die syrische Kurdenmiliz YPG und die verbotene Arbeiterpartei Kudistans PKK wiesen alle Vorwürfe zurück.

Langes Sündenregister westlichen Raubbaus

Die Ausbeutung von Arbeitskräften im Kongo und anderswo muss als hochgradig kriminell bezeichnet werden. Erwachsene und Kinder rackern sich ab, um Coltan und Kobalt abzubauen. Diese Rohstoffe werden unter anderem für die Herstellung von Handys und für Akkus von E-Autos verwendet.

Der Abbau mineralischer Bodenschätze ist auch mit der enormen Abholzung von Tropenwäldern verbunden. Außerdem: Ausbeutung gibt es auch in der europäischen Textilindustrie, nicht nur in Bangladesh. So produzieren Fabriken in Serbien, Kroatien, Bulgarien und der Ukraine auch Kleidung für deutsche Modemarken – begleitet von Vorwürfen, dass Arbeitsrechte permanent missachtet werden.



Demo des Bündnisses „Zivile Zeitenwende“ am 2. Juli 2022 in Berlin – Traudel Kassel
Coltan-Abbau im Kongo – *blog.it*, Foto unten: Scholz in Riad – *picture alliance/tagesschau*

Umstrittene Lieferungen als Ersatz für russische Energie

Um von Energielieferungen unabhängig zu werden, hat die Bundesregierung Vereinbarungen mit Saudi-Arabien, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten getroffen. Dies ist insofern problematisch, weil Saudi-Arabien im Jemen Krieg führt und innenpolitisch autoritär und diktatorisch regiert wird. Außerdem wird dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman vorgeworfen, für den Mord an Jamal Khashoggi verantwortlich zu sein. Der Regierungskritiker war im Oktober 2018 im saudischen Generalkonsulat in Istanbul getötet worden.



Kanzler Scholz war höchstpersönlich in Riad und hat dort ein Energie-Abkommen geschlossen. Gleichzeitig wurde das Rüstungsexportverbot

an das Willkür-Regime aufgehoben. Das Waffengeschäft mit Saudi-Arabien ist letzten Endes ein Deal auf dem Rücken der Kriegsoffer im Jemen. Rüstungsgüter im Wert von 36 Millionen Euro sollen nach dem Willen von SPD, Grünen und FDP an Saudi-Arabien geliefert werden.

Die Vereinbarungen der Bundesregierung mit Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten müssen auch äußerst kritisch betrachtet werden. In Katar ist die Menschenrechtslage katastrophal. Arbeiter und Arbeiterinnen werden durch Hungerlöhne ausgebeutet. Sie haben auch keine gewerkschaftlichen Rechte. Auf den Baustellen der Fußball-WM sind nach Angaben der britischen Zeitung „The Guardian“ etwa 6.500 Arbeitsmigrant:innen ums Leben gekommen. Andere Quellen nennen eine weitaus höhere Zahl.

Fazit

Den „guten Westen“ gibt es nicht, jedenfalls nicht absolut. Der Umgang mit Geflüchteten, sofern diese nicht aus der Ukraine kommen, ist beschämend und widerspricht dem eigenen positiven Selbstverständnis.

Das führt zu der Frage: Ist der Westen beim Thema Ukraine selbstgerecht? Zumindest lässt sich feststellen, dass die vorherrschende Kriegsrhetorik durch die Debatte um Werte moralisch „aufgeladen“ wird, gedeckt durch die Überzeugung, die westlichen Länder seien im Prinzip „die Guten“. Dieser Impetus führt dann dazu, besinnungslos der Eskalation des Krieges entgegenzueifern, anstatt sich für verstärkten diplomatischen Druck, für einen Waffenstillstand und für Verhandlungen einzusetzen.



Noch am 3. Januar 2022 erklärten die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats – (Frankreich, Russland, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten, Volksrepublik China) „Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und darf nie geführt werden.“ *Quelle: spiegel.de*

Am 24. Februar 2022 überfiel Russland die Ukraine und seitdem herrscht Krieg – auch in Europa. Gedroht wird in diesem Krieg auch indirekt mit dem Einsatz von Atomwaffen. Putin hat angekündigt, zum Schutz Russlands „alle zur Verfügung stehenden Mittel“ zu nutzen.

Kuba – Krise, Oktober 1962

Vor rund 60 Jahren drohte schon einmal ein Atomkrieg. Die Sowjetunion hatte auf Kuba Abschussrampen für Mittelstreckenraketen als Antwort auf bereits westlich und südlich der UdSSR stationierte amerikanische Raketen gebaut.

In geheimen diplomatischen Verhandlungen wurde vereinbart:

- » Die UdSSR zieht die Raketen aus Kuba zurück.
- » Die USA sichert zu, keine weitere militärische Invasion Kubas zu unternehmen und
- » in der Türkei stationierte US-Raketen abziehen.

Beide Staaten kamen während dieser Krise einer direkten militärischen Konfrontation und einem möglichen Atomkrieg sehr nahe.

Wettrüsten

Am 4. April 1949 wurde die NATO gegründet. Gründungsmitglieder waren die USA, Kanada und zehn europäische Staaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Vereinigtes Königreich). Seit dem 6. Mai 1955 gehört die BRD dazu. Der **Warschauer Pakt** wurde am 14. Mai 1955 von der UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Bulgarien,

Ungarn, Rumänien, Albanien und der DDR gegründet.

Die **Bundeswehr** wurde ab dem 12. November 1955 aufgebaut.

Bewaffnung der Bundeswehr

Im Dezember 1956 hatte der amerikanische Verteidigungsminister die prinzipielle Bereitschaft bekanntgegeben, den europäischen Verbündeten „taktische atomische Raketen“ zu liefern. Der damalige deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU) sagte dazu in einem Interview, die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen sei beschlossene Sache. Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) stellte im April 1957 die taktischen Atomwaffen (Gefechtsfeldwaffen) verharmlosend als „Weiterentwicklung der Artillerie“ dar.

Göttinger Erklärung

Von 18 der namhaftesten westdeutschen Atomforschern (darunter drei Nobelpreisträger) wurde gegen die von der CDU/CSU angestrebte Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen protestiert: „Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet“.

Bremer Resolution

Am 18. Dezember 1957 forderte die Bremische Bürgerschaft mit den Stimmen der SPD und der FDP den Senat auf, „sich bei der Bundesregierung für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa einzusetzen, sowie dafür, daß die Bundeswehr nicht mit Atomwaffen ausgerüstet wird“. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag waren andere. Bei der Wahl im September 1957 erhielten die Unionsparteien die absolute Mehrheit.

Außerparlamentarische Bewegung

Am 22. Februar 1958 trafen sich in Bad Godesberg u. a. der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer, der stellvertretende DGB-Vorsitzende Georg Reuter und der Kirchenpräsident Martin Niemöller, gründeten einen zentralen Arbeitsausschuss „Kampf dem Atomtod“ und riefen zum Widerstand gegen die geplante Aufrüstung auf. Obwohl laut Meinungsumfragen 83 % gegen Atomwaffen waren, billigten die Bundestagsfraktionen von CDU, CSU und FDP im März 1958 die Ausrüstung der Bundeswehr „mit den modernsten Waffen“.

Der SPD-Vorsitzende kündigte daraufhin einen Gesetzentwurf „zur Volksbefragung wegen einer atomaren Aufrüstung der Bundeswehr“ an.

Den Wahlberechtigten sollten folgende Fragen gestellt werden:

1// Sind Sie einverstanden, daß deutsche Streitkräfte mit atomaren Sprengkörpern ausgerüstet werden?

2// Sind Sie einverstanden, daß in Deutschland Abschusseinrichtungen für atomare Sprengkörper angelegt werden?

Der Gesetzentwurf fand im Bundestag keine Mehrheit. Der SPD-Vorsitzende gab danach bekannt, dass seine Partei in allen Landtagen Volksbefragungen beantragen werde.

Kampf dem Atomtod

In einer Sondersitzung des DGB-Bundesvorstandes am 28. März 1958 wurde die Initiative begrüßt und nachdrückliche Unterstützung zugesagt. In der ganzen BRD bildeten sich regionale und lokale Ausschüsse, auch in Bremerhaven und Bremen.

Am 8. April protestierten 8.000 Menschen in Bremerhaven gegen die Pläne der Regierung. Die Beschäftigten u. a. der Seebeck-Werft, des Norddeutschen Lloyd und der Rickmers- und Unterweserwerft demonstrierten zur Kundgebung auf den Ernst-Reuter-Platz. An einer vom Ortsausschuss der IG Metall in Bremen am 16. April organisierten Kundgebung beteiligten sich 7.000 Menschen.

Am 1. Mai nahmen in Bremen 80.000 Menschen an der bisher größten Mai-

kundgebung nach dem Kriege teil. Hauptthema war der Protest gegen die Atombewaffnung.

Volksbefragung in Bremen

Gegen die Stimmen der CDU und der Deutschen Partei (DP) verabschiedete die Bremische Bürgerschaft am 30. April in erster Lesung das Gesetz zur Durchführung einer Volksbefragung über die Atombewaffnung der Bundeswehr. In einem Schreiben an Bürgermeister Wilhelm Kaisen warnte Bundeskanzler Adenauer davor, die beschlossene Volksbefragung tatsächlich durchzuführen, gegebenenfalls werde die Bundesregierung Klage beim Bundesverfassungsgericht erheben. Am 13. Mai 1958 protestierten 25.000 Bremer:innen auf dem Domshof gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Auf Antrag der Bundesregierung unterband das Gericht durch eine einstweilige Anordnung die Durchführung der für den 22. Juni in Bremen vorgesehenen Volksbefragung. Endgültig untersagte das Bundesverfassungsgericht am 30. Juli 1958 die in Bremen und auch in Hamburg geplanten Volksbefragungen. Eine von mehreren Begründungen: Die Länder haben keine Kompetenz, ihr Staatsvolk zu Fragen zu konsultieren, die in die Bundeskompetenz fallen..

„Schlüsselrecht“

Im Dezember 1958 entschied der NATO-Rat, dass nur die USA das

„Schlüsselrecht“ zum Einsatz von Atomwaffen von Westeuropa und Westdeutschland aus erhalten sollte. Damit entfiel der unmittelbare Anlass der Kampagne, die mögliche Bewaffnung der Bundeswehr, jedoch nicht die der Nato.

Friedensbewegung 1958 bis heute

Die Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden und das Bildungswerk Evangelischer Kirchen im Land Bremen erinnerten im März 1981 in der Ausstellung „Es geht um's Leben“ an die Auseinandersetzungen um die Atombewaffnung 1958. Die Angst vor einem Atomkrieg führte Anfang der 80er Jahre in vielen westlichen Staaten zur Entstehung einer breiten Friedensbewegung.

Im November 1980 wurde im Krefelder Appell gefordert, die Zustimmung der Bundesregierung (SPD/FDP) unter Kanzler Helmut Schmidt zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa zurückzuziehen. Bis 1983 wurde er von über vier Millionen Bundesbürger:innen unterzeichnet.

Bei der bislang größten zentralen Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 gingen 300.000 Menschen in Bonn gegen den Nato-Doppelbeschluss und gegen nukleare Aufrüstung auf die Straße. Auch in 1982 und 1983 gab es in Bonn Massendemonstrationen mit Hunderttausenden Teilnehmer:innen.

Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag mit den Stimmen von CDU/ CSU und FDP der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in der BRD zu.

Auch wenn die Friedensbewegung in den zurückliegenden Jahrzehnten ihre Ziele nicht erreicht hat, was ist die Alternative? Wir haben keine!

Wir müssen unseren Kampf gegen Rüstungsexporte, für weltweite Abrüstungsverhandlungen, einen Waffenstillstand und Frieden in der Ukraine fortsetzen.



Kundgebung gegen den „Atomtod“ am 16. April 1958 in Bremen

Quelle: Staatsarchiv Bremen

Wolfgang Bielenberg



VERBRECHER?

„Knallhart-Kurs gegen Klima-Chaoten – Union will Knast statt Geldstrafen“

BILD am SONNTAG

So titelte Springers Leib- und Magenblatt Anfang November. Und zitiert CSU-Landesgruppenchef Dobrindt: „Es braucht deutlich härtere Strafen für Klima-Chaoten, um einer weiteren Radikalisierung in Teilen dieser Klimabewegung entgegenzuwirken und Nachahmer abzuschrecken. Die Entstehung einer Klima-RAF muss verhindert werden.“ Im Bundestag soll ein entsprechender Antrag von CDU/CSU folgen. „Klima-Protest darf kein Freibrief für Straftaten sein“, sagte Dobrindt. Und FDP-Bundesjustizminister Buschmann stimmt zu und zieht Freiheitsstrafen in Betracht.

Willkommener Anlass für diese losgetretene Debatte ist der tragische Tod einer Radfahrerin bei einem Verkehrsunfall in Berlin. Ein angefordertes Spezialfahrzeug der Feuerwehr blieb in einem Stau stecken, der durch eine Protestaktion von Klimaaktivist:innen verursacht wurde. Hier hatten sich Mitglieder der Organisation „Letzte Generation“ auf der Fahrbahn festgeklebt.

Die Aktion reiht sich in eine Reihe von Protesten ein, in denen Aktivist:innen von verschiedenen Organisationen den Verkehr in Großstädten lahmlegen, sich an Bäumen festketten, um deren Abholzung zu verhindern, in Hungerstreik treten oder Kunstwerke mit Ketchup oder Kartoffelbrei bewerfen. Ziele von „Letzte Generation“ sind zum Beispiel die Einführung eines Tempolimits von 100 km/h auf Autobahnen, Einführung eines dauerhaften 9-Euro-Tickets oder die Erlassung der Schulden für den globalen Süden, damit diese Länder den Klimawandel bekämpfen können.

Ähnliche Forderungen werden von Organisationen wie „Fridays for Future“, „Extinction Rebellion“ oder „Ende Gelände“ gestellt – alle mit dem Ziel, die einsetzende Klimakatastrophe anzuprangern und von der Politik umgehende und wirksame Maßnahmen zu fordern. Damit sind sie sich einig mit der Mehrheit der Bevölkerung – und dem Bundesverfassungsgericht, welches der Politik Versagen attestierte.

Wenn nun CDU/CSU/FDP die Proteste in die Kriminalität oder sogar in die Nähe von Terrorismus („Klima-RAF“) abdrängen wollen, ist diese Absicht doppelt infam: Zum einen sollen die Proteste gegen das Versagen der Politik eingegrenzt, zum anderen die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht beschnitten werden.

Wie gefährlich die Entwicklung ist, zeigen die Zahlen: Allein in Berlin gingen bis Ende Oktober bei der Staatsanwaltschaft insgesamt 754 Verfahren zu Aktionen von Klimaaktivist:innen ein, in 252 Fällen wurden Strafbefehle beantragt, im August ein 20-Jähriger wegen Nötigung schuldig gesprochen und verurteilt. Er hatte sich an einer Blockade der Gruppe „Letzte Generation“ beteiligt und an der Fahrbahn festgeklebt.

Legitime Proteste dürfen nicht kriminalisiert werden.

Wehret den Anfängen! Die legitimen Proteste der Aktivist:innen und ihrer Unterstützenden dürfen nicht kriminalisiert werden. Demonstrationen waren und sind immer mit Einschränkungen für Andere verbunden – das ist gerade uns Gewerkschafter:innen bewusst. Dabei war und ist immer das oberste Gebot, die Sicherheit aller teilnehmenden Menschen zu gewährleisten, indem zum Beispiel Rettungswege offengehalten werden.

Letztlich kann es durchaus bewusstseinsweiternd sein, sich – im Stau vor einer Demonstration stehend – Gedanken über den Klimawandel zu machen. Und... einer Glasscheibe vor einem Kunstwerk tut Ketchup nicht weh.

Soziales Pflichtjahr – sinnvoll oder anmaßend?

Foto: Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz



Ein Kommentar von Reiner Meissner

Alle jungen Menschen in Deutschland sollten ein Jahr für die Gesellschaft leisten. Die bisherige Freiwilligkeit greift zu kurz. Statt Travel and Work Abenteuer in Australien zu erleben, sollten die Jugendlichen besser Erfahrungen in sozialen Einrichtungen in Deutschland sammeln.

Ich möchte jedenfalls meine Zivildienstzeit (16 Monate) in einer Jugendherberge und in einem Krankenhaus nicht missen. Das waren Erfahrungen fürs Leben! Und ich habe etwas Sinnvolles getan.

Der Personalmangel in vielen sozialen Bereichen (z. B. in Kindergärten, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen) könnte durch ein Pflichtjahr ein wenig begegnet werden. Die Bezahlung sollte dem Mindestlohn entsprechen. Nicht wenige junge Menschen werden anschließend in diesen Bereichen ihren Beruf finden.

Die Position (z. B.) der FDP, dass ein allgemeiner Pflichtdienst „ein schwerer Freiheitseingriff in das Leben junger Menschen“ wäre, teile ich nicht. Auch der immer wieder bemühte Hinweis auf den „Reichsarbeitsdienst“ („Soldaten mit dem Spaten“) während der Zeit des Nationalsozialismus trifft nicht zu. Beim sozialen Pflichtjahr geht es nicht um militärische Ausbildung und nationalsozialistische Erziehungsarbeit.

*Ein Jahr für die Allgemeinheit sollte JEDE(R) leisten!
So viel Solidarität muss drin sein!*

Ein Kommentar von Marita Froese-Sarimun

Meine Mutter, Jahrgang 1927, berichtete aus dieser Zeit von dem Zwang als Stadtkind und als junge Frau in der Landwirtschaft eingesetzt zu werden. Hutmacherin wollte sie werden und war mit der Versorgung und dem Melken von Kühen völlig fehl am Platz. Das führte zu einer Aversion gegen Milch und niemals gab es bei uns daheim später Käse zu essen. Sie berichtete, wie sie ausgenutzt wurde und sich vor der Arbeit ekelte.

1938 wurde das Pflichtjahr eingeführt und sollte den Mangel an Arbeitskräften, besonders zu einer Zeit der "kriegsbedingten Notlage" auffangen. Frauen übernahmen Aufgaben in der Landwirtschaft, Krankenhäusern und anderen sozialen Stätten. Für Männer bestand eine Wehrpflicht. Wer Glück hatte, kam mit dem Leben davon.

Das ist alles lange vorbei und weckt bei denen, die zur Arbeit verpflichtet wurden, üble Erinnerungen. Was bringt die Politiker:innen dazu, dass in einem neuen Umschlag zu wickeln und als "Dienst am Menschen" (Friedrich Merz) zu vermarkten? Auch Bundespräsident Steinmeier verteidigt das Pflichtjahr als Dienst an der Gesellschaft, um etwas zurückzugeben.

Uns allen ist die desolante Lage auf dem Arbeitsmarkt hinreichend bekannt. Personalmangel landauf und landab. Ob in Restaurants, Bäckereien, KITAS, Altenbetreuungen oder Kliniken. In diesen Bereichen gibt es inzwischen einen Ruck zu Verbesserungen der Tarife. Doch werden aus Sicht der Beschäftigten die Arbeitsbelastungen nicht angemessen honoriert. Seit mehr als 20 Jahren werden von der Gewerkschaft Zahlen vorlegt, dass bundesweit über 70.000 Fachkräfte (2022) in den Gesundheitseinrichtungen fehlen.

Sollen den Beschäftigten noch die Betreuung und Überwachung von völlig ungelerten Pflichtjahr-Leistenden zugemutet werden? Der Ruf nach Fachkräften ist da, nicht nach jungen Menschen, die einer sozialen Pflicht nachkommen sollen. Die Einarbeitungszeit ist länger als der Nutzen und abzüglich einer Urlaubszeit sieht die Unterstützung mehr als klamm aus. Die Etablierung eines sozialen Pflichtjahrs lehne ich daher nachdrücklich wegen einer weiteren Mehrbelastung ab. Den Frauen und Männern, die Interesse an sozialen Aufgaben haben, steht es offen sich um Plätze in Einrichtungen ihrer Wahl zu bewerben.

Welche Interessen hat diese Altersgruppe? Wenn es gut läuft, soll nach Schulende eine Ausbildung oder ein Studium angeschlossen werden. Wenn es besser läuft, ein Auslandsjahr nach persönlichen Interessen. Wenn es super läuft, erlauben sie sich die Zeit zum chillen. Ist etwas schlimm daran Spaß zu haben, Partys zu machen, zu spielen, sich Geld für die erste Nasenkorrektur zusammen zu sparen? Nein, es steht ihnen zu sich ihren eigenen Weg in die Gesellschaft zu suchen. Übrigens, in ihre zukünftige Gesellschaft! Wie anmaßend sind Politiker:innen! Soziale Beiträge an eine Gesellschaft einzufordern, die von den Jugendlichen nicht versaubert wurde. Als Bonbon wird ein Salär in Form eines Taschengeldes geboten.

Hätten wir – die heutige Großelterngeneration, geformt in den 60er oder 70er Jahren, uns das gefallen lassen? Nein! Auch wir hatten anderes zu tun!

Annerlest weer dat wedder sowiet. Ik heff mi mit een vun mine Fründen drapen, de gern Plattdüütsch snackt. Op düsse Oort un Wies hebbt wi denn för twee Stünnen dat Hoochdüütsche vergeten un de hele Tiet op Platt diskereert.

Dat weer toerst kommodig, denn hett Hannes mi avers vertellt, dat he sik Sorgen maakt vunwegen den Krieg in de Ukraine. Elkeen Dag balert se dor rum, Russland hett dat Land angrepen, seggt Hannes. Ik heff em ankeken: Rumballert? Nee, dat höört sik so an, as wenn de Soldaten mit Pingpongbäll openanner loosgaht.

de Eer ok wat mit Krieg to doon hett? Ja, wiss un wohrhaftig, heff ik meent. Du muttst blots mal an'n Tostand vun düsse Welt denken. De Corona-Pandemie un de Krieg in de Ukraine hebbt de Laag leger maakt. In Tietschriften un annere Bläder heff ik gode Informatschonen ünner annern vun de Vereenten Natschonen funnen un opschreven.

Flucht: Över 100 Millionen Menschen op de hele Welt hebbt jümehr Heimat achter sik laten. Se sünd flücht vör Kriegen, wo ok Wapen-

Minschen extrem arm, wenn se elkeen Dag nich mehr as 1,90 US-Dollar verdienen köönt. Dat is de afsluute Armootsgrenz. Op de anner Siet hebbt weltwiet circa 22 Millionen rieke Lüüd en Kaptaal vun mehr as een Million US-Dollar.

Utpovern: Wenn Minschen utpovert warrt, denn folgt Armoot un Elend – allens hängt tosamen. Hungerlöhn in vele Länner, so in Bangladesh, in'n Kongo oder ok in Europa. Profit maakt annere Lüüd, nich de Arbeiterklass.

Holger Zantopp

Kriege gaht jümmers vöran, nich blots mit Wapengewalt



Dat is Krieg, wo vele Minschen to Dode kaamt un Städter un Dörper tweimaakt warrt mit Kriegsrüstüüg, mit Panzers, Kanonen un Raketen. Dat is allens keen Speelkraam! Dat de nedderdüütsche Spraak blots dorför dor is, Klamauk to maken, is en Vöroordel. Nee, Platt is goot antohören un de Plattdüütschen sünd Lüüd, de mit gode Wöör ok gegen den Krieg un gegen Gewalt vorgahn köönt.

| Krieg is mehr as de Insatz vun Panzers un Raketen

Wi sünd bi de Diskuschoon denn op annere Saken to spreken kamen. Glöövst Du, hett Hannes mi fraagt, dat de Noot vun vele Minschen op

reedschop ut Düütschland to'n Insatz kummt. De Rüstungsmafia geht över Lieken, wenn dat Düvelstüüg in Kriegen bruukt warrt.

Hunger: Mehr as 800 Millionen utwissen Lüüd un Kinner hebbt nich noog to eten. Se hebbt nix in de Melk to krömen¹. De Statistik seggt, all teihn bet dörteihn Sekunnen starvt en Kind ünner fief Johr an de Folgen vun Hunger. Vele Millionen Kinner köönt sik vunwegen den Levensmangel nich noog utwickeln.

Armoot: Wenn Lüüd arm sünd, denn mutt een den Tosamenhang mit Hunger rutkennen. Vele Minschen sünd dubbelt bedrapen – se sünd hungerig un to glieke Tiet arm. Na Angaven vun de Weltbank sünd

Utplünnern: Afrika to'n Bispill is riek an Rohstoffen. Jümmers noch warrt düt Material, wat veel weert is, plünnert. Nich blots Minschen warrt utpovert, sünnern ok dat, wat ünner de Eer liggt.

| Neoliberalismus sorgt för sotschale Katastrophen

Wi sünd uns eenig worn, Hannes un ik. Wat dor achter de Krisen stickt, dat is de weltwiete Roovdeert-Kapitalismus. De Opfers kriegt nienich en richtig Chance sik uttwickeln. De Roovdeerten weet, woans dat vör sik geht, Familien de Levensgrundlaag wegtorieten. Dat dreiht sik um en Weertschopssystem, wat rund geht. De herrschende Politikerklass ünnerstütt den Kapitalismus, se snackt avers vun „Sotschaler Marktwertschop“. De Welthannel is afsluut unliek un nich fair. De rieken

Staten bestimmt de Regeln vun de internatschonaale Politik un Weertschop. Hannelsafkamen, de nich gerecht sünd, sorgt för Priesvördelen för Ünnernehmen ut Industrieländern. Mit Stütt vun de EU warrt de Markttogang in Afrika un annerswo sekerstellt. Rohmaterial kummt faken ut det so nöömten Utwicklungsänner, de Winnsten warrt avers vun Hannelslüüd in'n Westen to'n egen Vördeel aftrocken.

| Jeeden Krieg maakt hungerig
Dat geiht nich blots üm dat Eten un Drinken för de Minschen, sünnern

ok üm de Rüstungsindustrie, de jümmers wedder na mehr Wapenreedschop schreet. Ahn Foder för nee'e Kriege mutt dat System, wat den Dood mit sik bringt, jichtenswann to Enn gahn. Kriege mööt stoppt warrn, opbest op'n Stutz. Dat Höpen hebbt Hannes un ik avers nich opgeven.

To'n Sluss vun uns Utspraak hebbt wi en Antwort op de Fraag funnen, wat is Gewalt, wat is Krieg ahn Wapen? Flucht vör den Klimawannel,

Hunger, Armoot, Utpovern vun Minschen un dat Utplünnern vun Rohstoffen, dat Tweimaken vun Lebensgrundlagen. All dat is Krieg gegen Hunnerte Millionen Minschen, de vun den globalen Kapitalismus wiederhen utstött warrt. Dat lett sik mit en Kringloop verglieken. De Tosamenhang vun all tallrieken Krisen un Katastrophen is mehr as düütlich. De Krisen dröfft nich enkelt ankeken warrn.



Über die Wahrheit

Zweifellos ist es nicht schwer
eine Wahrheit auszusprechen.
Schwerer ist, ihr zu glauben.
Noch schwerer, ihr zu folgen.
Doch wohin gelange ich, wenn ich ihr folge?
Welche Wahrheit?
Die, die ich gerade vorfinde oder
die von gestern oder die von morgen?
Kann ich sie überhaupt erreichen ?

Wenn ich bei ihr angelangt bin,
ist sie schon überholt.

Ulrike Kleinert
„Linien meiner Haut“
Geest Verlag, 2002 erschienen

Erdrückendes



Ich sage, dass wohl niemand in der Lage sei, sofort 30.000 Euro zu beschaffen. Auf ihre Drohung hin, dass sie meine Tochter dann nicht entlassen könne, sage ich, dass mir das komisch vorkommt. Ich möchte nochmal meine Tochter sprechen.

Klick - das Gespräch ist von der anderen Seite abgebrochen.

Klarer Fall von Fake?

Ja klar, aber der Schock wirkt!

Das Entsetzen gewinnt erst mal die Oberhand. Das Gehirn rotiert, die Stimme – es hätte wirklich meine Tochter sein können!

Mein Herz rast und ich bin völlig fertig. Ich habe lange gebraucht, bis ich mich wieder beruhige. Für einen herzkranken Menschen kann das lebensbedrohlich sein.

Klarer Fall von Fake?

Ja klar!

Das wird mir im Laufe des Telefonats mehr und mehr bewusst. Im Nachhinein kann ich prima analysieren, an welchen Stellen ich stutzig geworden bin. Ich rufe die 110 an: Dort kennt man die Masche. Die Polizei würde in einem solchen Fall niemals anrufen, sondern persönlich kommen.

Ihr Tipp: Es ist besser, ein solches Telefonat selbst zu beenden, weil andernfalls die Anrufer:in weiter mithören könne, wenn man weiter telefoniere.

Es gibt immer wieder neue Tricks, um älteren Menschen Geld aus der Tasche zu ziehen. Der Schock-Anruf war meine Erfahrung damit.

Am Telefon die verzweifelte Stimme einer jungen Frau – meine Tochter. Sie habe etwas Schreckliches erlebt. Sie habe einen schweren Autounfall gemacht. Dabei habe sie eine Frau totgefahren. Sie werde jetzt bei der Polizei festgehalten.

Dann übernimmt die „Polizeibeamtin“. Meine Tochter habe einen Zebrastreifen nicht beachtet und einen tödlichen Unfall verursacht. Darauf stünden zwischen ein und sechs Jahre Haft wegen fahrlässiger Tötung. Sie habe Kontakt mit der Familie der Getöteten. Die sei bereit auf eine Anzeige zu verzichten, wenn sie eine Entschädigung erhalten würde. Dann könnte meine Tochter nach Hause entlassen werden. Sonst müss-

te der Fall an die Staatsanwaltschaft gehen. Ich dürfe mit niemandem über das Telefonat sprechen.

Daraufhin beginnt ein Gespräch:

- » ob ich bereit sei, meiner Tochter zu helfen
- » ob und wie viel Geld ich zu Hause hätte, abheben und bezahlen könnte.
- » Darauf ich, dass ich nur einen geringen Geldbetrag zu Hause habe und nur im Rahmen meines Dispo Geld vom Girokonto abheben kann.

Auf Nachfrage, um welchen Betrag es sich handele, sagt sie: 30.000 Euro – bis zum Nachmittag aufzubringen!

Minister Lauterbach kündigte an, dass eine Expertenkommission sich mit dem Finanzierungssystem für die Kliniken (den sogenannten Fallpauschalen) beschäftigen und Alternativen aufzeigen sollte. Er wollte mit Hilfe der Experten ab 2023 die größte Krankenhausreform der letzten zwanzig Jahre auf den Weg bringen. Nach dieser Ankündigung gab es große Erwartungen, dass sich hier etwas ändert.

Zu den Experten gehören nur Theoretiker:innen

Die Kommission setzt sich nur aus Wissenschaftlern der Ökonomie, des öffentlichen Rechts und Gesundheit zusammen. Einige Chefärzte:innen dürfen auch teilnehmen. Ausgeschlossen sind Praktiker:innen, etwa Krankenpfleger:innen, Ärzt:innen ebenso die Krankenkassenvertreter:innen. Klar, dass die Diskussionen nur auf der theoretischen Ebene bleibt. Ein Ergebnis lag sehr schnell vor.

Veränderungen gibt es nur in einigen Bereichen

Die Kommission beschäftigte sich nur mit den Bereichen wo es am meisten brennt. Das sind die Kinderkliniken und die Geburtshilfe. Weder Kinderkliniken noch die Geburtshilfe können mit dem Vergütungssystem nach den Fallpauschalen kostendeckend betrieben werden. Folge war, dass immer mehr Kliniken, oft unter fadenscheinigen Gründen, diese Abteilungen schlossen. Eltern müssen mit ihren Kindern sehr weite Wege und lange Wartezeiten für notwendige Behandlungen in Kauf nehmen. Gerade Kinder benötigen Zeit um richtig behandelt werden zu können. Zeit für Gespräche sind allerdings im System der Fallpauschalen nicht vorgesehen. Kleine wie große Menschen sollen durchgeschleust werden. **Welche Farce!!!**

In Geburtskliniken kommen die Kinder auch nicht auf Bestellung zur Welt. Intensive Betreuung bindet Personal, und Personal ist nach dieser Logik nur ein Kostenfaktor. Diesen Widerspruch haben die Expert:innen nun für die Bereiche der Kinder und Geburtshilfe anerkannt und schlagen vor, diese aus der Finanzierung der Fallpauschalen herauszunehmen. Ab Januar 2023 wird es ein Finanzierungssystem geben, welches sich an der Kostendeckung orientiert.

Es ist aber für den gesamten Klinikbetrieb notwendig, eine kostendeckende Finanzierung zu garantieren. Es hat sich doch gezeigt, dass nach Einführung der Fallpauschalen, die Liegezeiten verkürzt wurden und die Zahl der Patient:innen samt Operation immens gestiegen sind. Es kann ja nicht sein, dass die Zunahme der Operationen aus medizinischen Gründen immer notwendig waren. Personal wurde abgebaut. Wohlgermerkt mit Zunahme der Zahl der Patient:innen.

Nur ein Reförmchen Fehlstart der Krankenhausreform

Marlene Henrici

Private Klinikketten schossen wie Pilze aus dem Boden. Lukrative Operationen brachten gutes Geld. Alles, was nicht lukrativ war, wurde nicht oder nur in geringer Kapazität angeboten.

Endlich Schluss damit!!

Gesundheit darf nicht weiterhin eine Ware sein. Das gesamte Finanzierungssystem muss geändert werden. Nun kündigt Herr Lauterbach eine Revolution im Gesundheitssystem an. Abzuwarten bleibt, was von den Vorstellungen tatsächlich umgesetzt wird. Einen kompletten Verzicht auf das System der Fallpauschalen soll es jedenfalls nicht geben. Wird es also doch wieder nur ein Reförmchen?

Reform, die

Substantiv, feminin

planmäßige Neuordnung, Umgestaltung, Verbesserung des Bestehenden



Grafik: Ver.di NRW

Geheime Fracht für Bremerhaven

Wie die Deutschen total überrascht wurden

Die nächtlichen Aktivitäten von Soldaten

Im hermetisch abgeschirmten Gelände auf dem großen Pier an der Columbuskaje in Bremerhaven patrouillieren schwer bewaffnete amerikanische Soldaten, deren Stahlhelme und kriegsmäßig aufmunitionierte Maschinenpistolen im fahlen Mondlicht glänzen. Im Schein der wenigen dort am Kai aufgestellten Scheinwerfer entladen Spezialkräfte der US-Armee des nachts mehrere Stunden lang geheimnisvolle Fracht aus einem Kriegsschiff. Was tut sich hier? Wozu bloß dieser ganze Aufwand? Die normale deutsche Bevölkerung ahnt jedenfalls absolut nichts von dem, was sich hier in aller Heimlichkeit abspielt.

Die Druckmaschinen laufen Tag und Nacht

Es ist Februar 1948. Bremen und Bremerhaven gehören den Amis. Es ist ihre „Amerikanische Enklave (AE)“ innerhalb der britischen Besatzungszone von Niedersachsen. Für die anlaufende Operation haben zwei große Druckereien, die „American Bank Note Company“ in New York City und das „Bureau of Engraving and Printing“ in Washington, D.C., seit September 1947 Tag und Nacht gearbeitet – unter strengster Geheimhaltung. Die fertigen Druckerzeugnisse werden nach und nach in 23.000 Holzkisten gepackt, die jeweils eine laufende Nummer aufgestempelt bekommen und ein Gesamtgewicht von 500 Tonnen haben!

Die Holzkisten mit mysteriöser Aufschrift

Alle Kisten tragen zur Tarnung die harmlose Aufschrift „Doorknobs“ (übersetzt „Türgriffe/Türkäufe“). Aber natürlich ist der Inhalt der Kisten ein ganz anderer! Der Deckname für dieses rätselhafte Unternehmen, das nun startet, lautet „Operation Bird Dog“, also „Hühnerhund“ oder auch „Spürhund“. Ein Teil der Kisten wird umgehend auf ein Kriegsschiff im Hafen von Philadelphia verladen und nach Bremerhaven befördert. In den geschichtsträchtigen Nächten der folgenden drei Monate – von Februar bis April 1948 – wiederholt sich dort die Prozedur der nächtlichen Entladungen ankommender Kriegsschiffe.

Die wohl wertvollste Fracht aller Zeiten

Sofort nach der Ankunft werden die Kisten – schwer gesichert – in die eigentliche amerikanische Besatzungszone im Süden Deutschlands

gebracht. Acht Sonderzüge mit der wertvollsten Fracht, die jemals über deutsche Eisenbahngleise rollte, bewacht von Soldaten der US-Militärpolizei, treffen auf dem Hauptbahnhof in Frankfurt am Main ein. Von dort werden die 23.000 Kisten mit ungefähr 800 (!) gut geschützten Lastwagenfahrten in die Tresorräume, die sich in den Kellergewölben des ehemaligen Reichsbankgebäudes in der Frankfurter Taunusanlage befinden, gebracht und dort erst einmal eingelagert.

Die neuen Banknoten nach US-Muster

So weit – so gut. Da liegt sie nun: Die neue deutsche Währung! Der ebenso wertvolle wie brisante Inhalt der Kisten sind nämlich Geldscheine, nach dem Design des amerikanischen Dollars gedruckt. Und zwar (bis zum Ende der gesamten Aktion) genau 10 Milliarden, 701 Millionen und 720.000 „Deutsche Mark“! So wird sie also heißen, die neue, jungfräuliche Währung für die Deutschen, von der die Sowjets vorläufig nichts erfahren sollen! Deutschland ist – nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg – bekanntlich in die vier Besatzungszonen der Siegermächte aufgeteilt. Und aufgrund dauernder Schwierigkeiten mit der sowjetischen Seite entschei-

„Deutsche Mark“
gedruckt nach
dem Design des
amerikanischen
Dollars

Foto: dpa



den sich die drei Westalliierten, nur allein in ihrer sogenannten „Trizone“ (dem geeinten amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsgebiet) eine neue Währung einzuführen, da die alte „Reichsmark“ (aus Gründen, die hier zu erläutern zu weit führen würde) weitgehend an Wert verloren hat.



Ludwig Erhard (o.), eine Umtauschstelle (u.)

Fotos: dpa und Bundesarchiv

Die Sonderstelle des Ludwig Erhard

Die Reform zielt darauf ab, kurzfristig den ungesunden Geldüberhang an Reichsmark zu beseitigen und langfristig die Grundlage für eine funktionsfähige Marktwirtschaft aufzubauen. Außer von westalliiert ist diese Währungsreform auch von westdeutscher Seite durch die am 23. Juli 1947 gegründete „Sonderstelle Geld und Kredit“ in Bad Homburg, die unter der Leitung von Ludwig

Erhard steht, im Geheimen vorbereitet worden. Dann, in den Nächten des 16. und des 17. Juni 1948, rollen hunderte militärisch bewachte Lastkraftwagen durch das noch in höchstem Maße zerstörte Nachkriegsdeutschland (Land) – genauer gesagt, durch die drei Besatzungszonen der westlichen Alliierten – und verteilen die neue Währung flächendeckend über das Land.

Die Deutschen sind völlig verblüfft

Die Banknoten sind in diesen verdeckten Aktionen nach und nach und ohne eine einzige Panne zu den unzähligen Ausgabestellen für Lebensmittelkarten gebracht worden. Und am 18. Juni 1948, einem Freitag, können die vollkommen sprachlosen Deutschen der „Trizone“ (die „Eingeborenen von Trizonesien“) durch eine Vielzahl von Rundfunksendungen urplötzlich hören:

„Das erste Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens ist von den Militärregierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs verkündet worden und tritt am 20. Juni in Kraft. Die bisher gültige Währung wird durch dieses Gesetz aus dem Verkehr gezogen. Das neue Geld heißt ‚Deutsche Mark‘.“

Die Schaufenster sind wieder voll

Auch über zahlreiche Aushänge erfahren die Bürger:innen nun alles über die anstehende Währungsreform und deren Ablauf.

Dann ist es soweit! Sonntag, 20. Juni 1948: Die neue Währung wird an den Schaltern ausgegeben, an denen sonst immer die Lebensmittelkarten abzuholen sind, denn hier ist jeder registriert. Und jede/r Einwohner:in bekommt an diesem Tag 40 Deutsche Mark „Kopfgeld“ (und einen Mo-



Volle Auslagen in den Schaufenstern

Foto: Ullstein

nat später erneut 20 Mark). Ab dem folgenden Montag, 21. Juni 1948, ist nun die DM alleinültiges Zahlungsmittel. Die somit (fast) wertlose Reichsmark (RM) ist passé, kann aber noch umgetauscht werden, so auch beim Zwangsumtausch von Bankguthaben und Spareinlagen, sofern vorhanden, im Verhältnis von 100 RM zu 6,50 DM. Und quasi über Nacht – die Deutschen können es kaum glauben – sind die Auslagen der Geschäfte schlagartig wieder gefüllt! Historiker nennen dies später denn auch den „Schaufenster-Effekt“ der Währungsreform.

Die Türöffner zum Wirtschaftswunder

Und so werden die neuen DM-Banknoten (vor fast genau 75 Jahren) auch zu einem „Türöffner“ für das darauf folgende „Wirtschaftswunder“ in Westdeutschland! Seitens der Deutschen will man jetzt die Chance nutzen, um mit harter Arbeit wieder zu wirtschaftlichem Wohlstand und letztlich zu einer freien, demokratischen und sozialen Marktwirtschaft zu gelangen.

ÜBRIGENS

Meine Mutter kauft mir, damals 2 ½ Jahre alten Bremer Knirps, von einem Teil des erhaltenen „Kopfgelds“ umgehend ein paar schöne Kinderschuhe aus echtem Leder!

Von einer Arbeiterin zur First Lady



Louise Ebert – Ein ungewöhnlicher Lebenslauf

Marlene Henrici

» Entbehrungsreiche Kindheit

Louise Rump wurde vor 150 Jahren am 23. Dezember 1873 in Melchiorshausen/Weyhe geboren. Sie stammte aus ärmlichen Verhältnissen. Ihr Vater war Arbeiter, ihre Mutter arbeitete als Waschfrau. Als sie fünf Jahre alt war, zog die Familie nach Bremen. Mit zwölf Jahren musste sie „in Stellung“ bei einer großbürgerlichen Familie gehen. Sie selbst bezeichnete später ihre Kindheit als sehr schwer und trüb.

» Engagierte Gewerkschafterin

Im Haushalt arbeitete sie nur zwei Jahre. Sie fand im Anschluss eine Arbeit als Etikettenkleberin in einer Teefabrik. Dort engagierte sie sich wegen der schlechten Entlohnung gewerkschaftlich. Für sie war auch die Lohnleichheit von Männern und Frauen ein wichtiges Thema.

Trotz des langen Kampfes ist die Lohnleichheit auch heute immer noch nicht erreicht. Louise Rump war allgemein anerkannt und wurde zur Vizevorsitzenden der Bremer Gruppe gewählt.

» Heirat mit Friedrich Ebert in Bremen

Auf einer Gewerkschaftsveranstaltung lernte sie Friedrich Ebert, den späteren Reichspräsidenten kennen und lieben. Es wird berichtet, dass Friedrich Ebert das erste Mal während einer Rede ins Stocken geriet, als er Louise entdeckte.

Am 9. Mai 1894 heirateten die beiden. Das Paar hatte fünf Kinder, vier Jungen und ein Mädchen.

Louise – jetzt Ebert – trat ebenfalls in die SPD ein. Sie eröffneten ein Lokal in der Neustadt mit dem Namen „Zur guten Hilfe“. Diese Wirt-



schaft war ein beliebter Treffpunkt der Sozialdemokraten. Soldaten war es verboten, dort zu verkehren. Als Gastwirte waren beide sehr beliebt. Während Friedrich Ebert in einem Nebenraum an Diskussionsveranstaltungen mit Parteifreunden teilnahm, oblag ihr die ganze Arbeit im Lokal. 1899 wurde Friedrich Ebert in die bremische Bürgerschaft gewählt. Louise war aus Zeitgründen parteipolitisch nicht aktiv. Fünf Kinder und die Leitung des Lokals lasteten sie vollkommen aus. Sie teilte aber die politischen Ansichten ihres Mannes und unterstützte ihn.

» Umzug nach Berlin

1905 zog die Familie nach Berlin, weil Friedrich Ebert eine Stelle als Parteisekretär annahm. Die Jungen besuchten die Volksschule. Nur die Tochter ging zur höheren Schule. 1912 wurde Friedrich Ebert in den Reichstag gewählt und ein Jahr später zum Vorsitzenden der Partei. Zwei ihrer Söhne starben im ersten Weltkrieg.

Nach der Novemberrevolution wurde Friedrich Ebert dann zum ersten Reichspräsidenten gewählt. Damit fiel Louise die schwierige Aufgabe der ersten First Lady zu. Sie wurde von den „feinen Damen“ argwöhnisch beäugt. Unvorstellbar, eine einfache Arbeiterin in dieser herausragenden Rolle. Sie ließ sich jedoch nicht verunsichern und prägte dieses Amt durch ihr natürliches Selbstbewusstsein. Zeitzeugen berichteten, dass sie eine natürliche Würde und Grazie hatte. Sie nutzte ihre Rolle um die Arbeiterwohlfahrt mit zu gründen. Sie wurde Schirmherrin der Kinderhilfe und setzte sich für Jugendhilfsprojekte ein.

» Die Nazizeit

1925 starb ihr Mann und sie musste dann ihre Wohnung in der Wilhelmstraße räumen. Nach der Machtübernahme der Nazis stand die Familie unter Beobachtung und sie wurden zahlreichen Repressalien ausgesetzt. Einer ihrer Söhne wurde schließlich verhaftet. Er kam ins

Konzentrationslager. Louise setzte alles daran, dass er wieder freigelassen wurde. Seine Freilassung erfolgte schließlich unter Auflagen. Beide Söhne wurden später eingezogen.

» Nachkriegszeit

Nach dem Krieg zog Louise Ebert gemeinsam mit der Familie ihres Sohnes nach Heidelberg.

Sie unternahm viele Reisen und kam 1947 schließlich nach Bremen. Hier traf sie den Bürgermeister Theodor Spitta. Er schrieb in sein Tagebuch: „Ich konnte erneut ihre Klugheit, Anmut der Unterhaltung und prächtige Persönlichkeit erfahren.“

Sie starb 1955 an einem Herzinfarkt in Heidelberg und wurde unter großer Anteilnahme beigesetzt.

In Heidelberg ist das AWO Seniorenzentrum, in Weyhe eine Straße und in Bremen ein Weg nahe dem Werdersee nach ihr benannt.



1898
Familienfoto –
Louise und Friedrich Ebert
mit drei (von später fünf)
Kindern.

Quellen:

Wikipedia

Bremer Frauengeschichte

Bremer Frauenmuseum



Einen Zipfel des Kontinents Afrika erhaschen *15 Tage in Ghana*

Voll beladen mit Gepäck und Mitgebrachtem für die Gastgeberin trete ich meine erste Reise nach Accra in Ghana an. Jede Menge Bilder im Kopf – ja! Das kann nicht anders sein, wenn ich, wie die Allermeisten von uns, ein Leben lang mit bestimmten Zuschreibungen über die Menschen und das Leben in Afrika vollgestopft worden bin.

Einmal einen Zipfel des riesigen Kontinents Afrika erhaschen können, einen kleinen Blick in das reale Leben eines von mehr als 50 afrikanischen Ländern werfen. Mehr kann es in 15 Tagen ja nicht sein. Ich bin dankbar für diese Gelegenheit.

Das gepflegte Haus mit Garten liegt mitten in der Millionenstadt in einem gemischten Viertel, in dem Neubauten und alte Häuser, kleine Hotels, ein Wellness-Studio, Straßenverkäufer:innen, dicke SUVs, Kleinwagen und Motorräder, bis hin zu kleinen Werkstätten und Gemüsebauern zu finden sind. Oft sieht man Häuser, die nicht fertig gebaut sind. Der Weiterbau findet erst statt, wenn wieder Geld für Handwerker beisammen ist.

Was ist (fast) wie bei uns, was ist anders?

Es gibt auf den großen Straßen kleine bis riesige Werbeplakate für alles. Auffallend ist die Vielzahl an Werbung für Kirchen und religiöse Sekten, die auch Privatschulen und Universitäten betreiben. An jeder

Ecke gibt es kleine Kirchen bzw. Moscheen. Gottesdienste mit lauter Musik können sich schon mal bis in die Morgenstunden hinziehen.

Anders als bei uns ist der Straßenverkehr fast nur von Autos und Motorrädern bestimmt. Öffentlichen Nahverkehr gibt es nicht. Für Menschen ohne eigenes Auto gibt es als billigstes Fortbewegungsmittel die meist mit Menschen vollbesetzten und zusätzlich mit Gepäck beladenen Mammilorry-Kleinbusse, dazu Uber-Fahrer und viele meist kleine Taxis. Dazu jede Menge kleine Lieferwagen mit drei oder vier Rädern oder auch Motorrad-angetriebene. Viele gehen zu Fuß, transportieren Waren aller Art mit Körben, Taschen oder Wannen auf dem Kopf zu Ver-

kaufsständen oder zu den großen Kreuzungen, wo Menschen während der langen Ampelphasen den Wartenden ihre Waren anbieten und ihr Geschäft abwickeln. Von Getränken, Chips oder gebackenem Fisch über Smartphone-Hüllen, Tüchern, Hüte, Brillen bis hin zu Büchern ist alles dabei.

Verkauf findet ohnehin vor allem auf der Straße statt. Ob Möbel, Fahrräder, Kühlgeräte, Kokosnüsse, Yam-Wurzeln, Früchte – alles findet sich dort. Es gibt auch viele kleine Geschäfte. Aber das meiste wird an der Straße oder auf Märkten gehandelt, die sieben Tage in der Woche von ganz früh bis spät abends stattfinden. Wer irgendwie kann, macht so sein kleines Business.

Dass es relativ viele SUVs gibt, hat nicht nur mit Protz zu tun. Verlässt man die Hauptstraßen, herrschen die staubigen unbefestigten, von heftigen Regengüssen zerfurchten Straßen mit vielen Schlaglöchern vor. Da sind neben wendigen Motorrädern die SUVs schon sinnvoll. Es gibt auf den Straßen und Dörfern auch Beispiele von Selbsthilfe, wo der Staat nicht tätig wird: Menschen füllen aus Eigeninitiative mit Schaufeln die Löcher mit Erde auf und bekommen dafür von vorbeifahrenden Fahrern etwas Geld dafür. Andere schütten in Dörfern kleine Erdwälle auf, die Autofahrer zum Langsamfahren zwingen, wo offizielle Stolperschwellen fehlen. Improvisationstalent ist eine wichtige Fähigkeit, wo der Staat nicht alles regelt. Wo staatliche Gewalt sich zeigt, ist bei den vielen Polizei- und Zollposten an den Straßen, die mal im Schatten dösen, wenn man vorbeifährt, mal freundlich ins Innere schauen, mal aber auch mit Schikanen kontrollieren, um die Fahrenden abzuzocken.

Auch für die wiederkehrenden Stromausfälle müssen die Menschen und Betriebe mit Generatoren oder batteriebetriebenen Ersatzgeräten gerüstet sein. Allerdings gibt es auch viele Hütten ohne Strom, in denen die Menschen mit Hitze und hoher Luftfeuchtigkeit zurechtkommen müssen.



Fotos: Traudel Kassel

Die Hitze am Tage führt dazu, dass am Sonntagmorgen um 6:30 Uhr schon Menschen beim Joggen oder gemeinsamem Frühsport zu beobachten sind. Ghana – ein Land der Frühaufsteher! Wer kann, hält sich in den Mittagsstunden im Schatten auf. Jede Hauswand, jedes Bäumchen ist dafür recht. Am beliebtesten sind auf den Dörfern die ausladenden Mangobäume oder Palmen, unter denen sich die Menschen versammeln. Kleine Ziegen und Hühner laufen umher.

Kommunikation findet fast ausschließlich über Handy oder Smartphone statt. Es scheint, dass die Phase der Festnetz-Telefone sozusagen übersprungen wurde. Auch auf den Dörfern sieht man überall Menschen mit Smartphones – die Verbindung zur Stadt und zur Welt. Unter jüngeren Mittelschichtlern ist der Umgang mit Smartphones und Selfies nicht anders als bei uns.

Mir ist bei der Familie und unseren Kontakten klar geworden, dass sowohl enge Familienbande als auch Verbindungen in alle Welt bestehen. Neuigkeiten werden den Verwandten bis in die USA oder viele europäische Länder mitgeteilt und beispielsweise zu hohen Feiertagen oder einer Trauerfeier reisen dann auch viele bis in das Dorf, wo das Ereignis stattfindet.

Altern in Ghana

In den Familienverbänden haben auch die alten Menschen ihren Platz, erziehen Enkel, sind Vorbilder und geben ihre Weisheiten weiter. Auf dem Lande klappt dies auch oft noch, aber viele junge Leute ziehen in die Großstädte, wo die Wohnungen teuer und zu klein sind oder versuchen sonstwo in der Welt zurechtkommen und ein besseres Leben zu haben. Altenheime sind unbekannt, ebenso Pflegedienste. Ein staatliches Rentensystem gibt es nicht.

Nur wenige bekommen eine Pension, die vorher bei Banken oder im staatlichen Sektor gearbeitet haben. Die kostenlose Gesundheitsfürsorge



deckt nur die Grundbedürfnisse ab. Wer nicht von der Familie versorgt wird, dem droht die Verarmung. Viele alte Menschen arbeiten noch – als Straßenverkäufer, in Hausdiensten oder in der Feldarbeit. Sie müssen sich selbst versorgen. An vielen Straßenkreuzungen sind neben Verkäufer:innen, die die langen Ampelphasen nutzen, um Waren aller Art anzubieten, auch bettelnde Menschen zu sehen. Und bei sehr vielen werden Armut und Verelendung nicht bemerkt, weil sie sich schämen und in die Einsamkeit zurückziehen. Kirchen und Sekten helfen hier und da mit Essensspenden oder auch Medikamenten. Die Bevölkerungsstruktur wandelt sich unter anderem durch die stark gestiegene Lebenserwartung.* Es wird also in Zukunft immer mehr alte Menschen geben. Auflagen des IWF erschweren aber eine Erhöhung der Sozialausgaben.

Vielfach ist
würdiges Altern
ein sensibles Thema,
weil es nicht der
Tradition entspricht
und somit tabu ist.

* Von 1960 bis 2020 ist die durchschnittliche Lebenserwartung von 45 auf 65 Jahre gestiegen.



Ian Shaw
Höllensturz

768 Seiten
 Deutsche Verlags-Anstalt
 ISBN 978-3421047229
 34,99 €



Ian Kershaw, 1943 geborener britischer Historiker und emeritierter Professor (u. a. Uni Bochum), ist durch zahlreiche meisterhafte Schriften über den Nationalsozialismus, vor allem aber durch die zwei Bände seiner Hitler-Biografie einem breiten Publikum bekannt geworden. 2015 brachte er das o. a. Buch heraus, in dem er die 35 Jahre von Entstehung und Beginn des Ersten Weltkriegs, der Zeit zwischen den Weltkriegen, bis zum Zweiten Weltkrieg und dem Ausbruch des „Kalten Krieges“ ausführlich beschreibt. Der voluminöse Band hat durch die jüngsten Ereignisse in Europa (Krieg Russlands gegen die Ukraine) eine ungeahnte Aktualität erfahren.

Ian Kershaw gelingt das Kunststück, eine Gesamteuropa umfassende Darstellung vorzulegen. Auch dieses historische Werk kann man als souverän und voll gelungen bezeichnen. Man liest dieses informative Geschichtsbuch wie einen spannenden Roman, bei dem man noch eine Menge dazulernen kann. Mit außerordentlich sicherer Hand verknüpft Kershaw in seiner Geschichtserzählung die Themen mit analytischer Klarheit und präsentiert hierbei den wahrhaft finsternen Stoff der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit angenehmer, leichter Lesbarkeit.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen, die gewaltigen Turbulenzen, die Hölle zweier Weltkriege, die Europa in dieser Zeit geprägt haben, die tiefgreifenden Veränderun-

gen in allen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen, die beinahe zum Zusammenbruch der europäischen Zivilisation geführt hätten, kleidet Kershaw in ein faszinierendes und außerordentlich erhellendes Geschichtspanorama.

Dabei darf man bei Kershaws Versuch, möglichst alle europäischen Länder in die Betrachtung einzubeziehen, keine allzu tiefen Einsichten erwarten. Es ist bei der Masse des Stoffes und den vielen Perspektiven eher eine Art „Rundflug“ über die betroffenen Länder und Menschen, zwar unheimlich eindrucksvoll, aber eben kein umfassendes Blicken hinter die Kulissen dieser Epoche.

Über die Ereignisse in Europa von 1950 bis 2017 hat Kershaw ein weiteres empfehlenswertes Buch geschrieben: ACHTERBAHN. Er hält in diesen Büchern ein flammendes Plädoyer für Europa, gerade in diesen gefährlichen Zeiten, in denen die europäische Idee durch Krisen und Kriege zu zerbröseln scheint.

Ian Kershaw erhielt 1994 für seine Verdienste um die historische Forschung, die deutsche Geschichte und die europäische Verständigung das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland. Außerdem ist noch bemerkenswert, dass die britische Königin Elisabeth II. Kershaw im Jahr 2002 zum Ritter geschlagen hat und er sich seitdem Sir Ian nennen darf.

König Kunde

Der Kunde ist König, erinnere ich mich dunkel an vergangene Zeiten.

Königlich fühle ich mich, wenn ich beim Energieversorger oder der Telefongesellschaft in der Warteschleife hänge, mich mit der Automatenstimme zufrieden geben muss und „drücken Sie die 4“ höre statt einer freundlichen Mitarbeiterin, der ich mein Problem schildern kann.

Denn deshalb rufe ich ja an!

Nach etlichen Fehlversuchen und wiederholten Warteschleifen die erlösende Nachricht: Der nächste freie Mitarbeiter ist für Sie da. Es geht also doch voran: Schnell versuche ich mich noch mal zu erinnern, was ich eigentlich wollte. Ich hatte doch tatsächlich ein Problem. Sonst hätte ich ja nicht angerufen. Liegen alle Unterlagen, alle erforderlichen Nummern bereit?

Die menschliche Stimme hilft mir tatsächlich weiter – einfach so. Es geht beinahe schnell und für mein Problem ist sogar eine Lösung innerhalb der nächsten Tage zu erwarten. Fast fühle ich mich nicht mehr als Bittstellerin, sondern zumindest als Gräfin, wenn nicht als Königin.

Aber dieses Gefühl hält nur so lange an, bis ich in den Infos meiner Bank blättere, wo mir als Kundin in blumigen Worten und ansprechenden Fotos mit lächelnden Menschen auf zwei Seiten die Vorteile der neuen Tarifstruktur erklärt werden.

Eigentlich wären nur zwei Sätze nötig, um zu erklären, worum es sich handelt: „Egal, welches Modell Sie wählen – wir erhöhen die Preise.“ Nix mit Königin, sondern eher eine Kuh, die gemolken wird. So fühle ich mich.

Da weiß ich wieder, wo ich lebe: in einer Gesellschaft, wo nur solche Kund:innen königlich behandelt werden, bei denen das Geld für Luxus-Uhren, Düfte oder Yachten locker sitzt.





Anton und der Kleine Preuße

Anton stellt sein Fahrrad ab und geht die letzten Meter zu Fuß. Ein Ehepaar aus Nordrhein-Westfalen wartet schon. Anton schließt die schwere Eisentür auf und gibt den Weg frei in den kleinen, kreisrunden Raum, der ein kleines Museum beherbergt. Eine steile Wendeltreppe führt vorbei an einem kleinen Altar mit zwei Stühlen zu einer weiteren Tür – die Plattform ist erreicht. Es öffnet sich der Blick auf das Wattenmeer, den kleinen Hafen mit seinem Priel, der den Kuttern den Weg in die Nordsee bahnt. Am Deich verlieren sich vier Verkaufsstände für Krabben und Getränke in den Salzwiesen des Wurster Landes.

Wir stehen auf dem „Kleinen Preußen“, dem schwarz-weißen Leuchtturm am Kajendeich in Wremen. Mit zehn Metern Höhe ist er der kleinste an der Nordseeküste, den Namen verdankt er seiner Farbgebung, die an die preußische Flagge erinnert.

Anton gehört zu den Mitgliedern des Vereins Wremer Heimatkreis von 1985, die den Leuchtturm und sein kleines Museum pflegen, interessierten Touristen den Zugang ermöglichen und „abends immer das Licht anknipsen“. Das Licht scheint aber nur zum Land – für die Schifffahrt auf der Unterweser hat der Leuchtturm keine Bedeutung mehr.

Sein Vorgänger hatte sie: Im Jahre 1906 erbaut wies der Kleine Preuße der Schifffahrt den Weg. Sein Leuchtturmwärter passte zu ihm – Willy Roes, bekannt als „lütjer Willy“, war mit seinen 144 Zentimetern wohl auch der kleinste Leuchtturmwärter. 1930 wurde der Turm nicht mehr gebraucht. Sein Feuer wurde gelöscht, der Turm abgerissen.

Als Touristenattraktion wurde 2005 eine exakte Kopie des Leuchtturms neben dem Granatkutterhafen errichtet und wurde zum Wremer Wahrzeichen. Unterhalten wird er vom Heimatverein. Die nicht unerheblichen Kosten, allein für den alle zwei Jahre notwendigen Anstrich, werden gedeckt durch Spenden und Subventionen. Eine weitere Einnahmequelle ergibt sich aus den Gebühren für Eheschließungen – circa 120 Paare werden im Jahr vor dem Altar im Turm getraut. Es hält sich die Legende, dass die im kleinen Preußen geschlossenen Ehen doppelt so lange halten ...

freundliche 71-jährige. Das Interesse der Touristen, ein Lächeln ist Lohn genug. „Und wenn noch eine kleine Spende in den Topf wandert – umso besser.“

Er arbeitet gern am Kleinen Preußen. „Auch in meiner Freizeit verbringe ich dort oft meine Zeit. Das Wetter, die Nordsee mit Ebbe und Flut, die Landschaft – zwei Drittel Himmel und ein Drittel Land – das alles gleicht meiner Heimat Friesland.“

Das Ehepaar verabschiedet sich. Anton schließt die Tür, wirft noch einen Blick auf den Kleinen Preußen und geht zurück zu seinem Fahrrad.



N 53° 38' 50.4"
E 8° 29' 30.9"

Anton zog 1996 aus dem holländischen Friesland nach Cuxhaven – aus beruflichen Gründen. Als der Heimatkreis in einem Inserat nach Leuchtturmwärter suchte, hat er sich sofort gemeldet. Und so gehört er seit 2017 zu der Gruppe von neun Männern und Christine, der einzigen Leuchtturmwärterin. „Wir alle arbeiten ehrenamtlich.“ erzählt der

Diese Reportage entstand im Rahmen der jährlichen Weiterbildung der WIR-Redaktion, im Jahr 2022 in der Bildungsstätte Wremen.



Ernst Steinhoff

„Die Vergangenheit nicht vergessen machen“ – dieses Motto meines Dokumentarfilms über Willy Hundertmark könnte stellvertretend für das Leben dieses aufrechten und standhaften Demokraten stehen. Dieses Leben, von dem er einmal sagte, es sei für ihn „ein Glücksfall“ gewesen, ist kurz vor Vollendung seines 95. Lebensjahres zu Ende gegangen.

1998
Willy Hundertmark (re.)
und ich

Foto: Ernst Steinhoff

Wir erinnern uns an Willy Hundertmark

Ein Glücksfall war es auch für mich, ihn Anfang der 90er Jahre kennenzulernen. Für meinen Geschichtsunterricht in einer 10. Realschulklasse suchte ich einen Zeitzeugen. „Frag doch Willy Hundertmark, der macht das bestimmt“, riet mir ein Kollege. Willy sagte sofort zu und wir trafen uns bald zu einem ersten Gespräch, viele sollten folgen.

Die Schülerinnen und Schüler waren von dem kleinen, lebhaften, charmannten und redegewandten Mann begeistert und verfolgten seine Erzählungen mit höchster Aufmerksamkeit. Es gelang ihm scheinbar mühelos, die Jugendlichen über die Geschichte des Nationalsozialismus aufzuklären und dabei einen Bogen zu spannen zu den heutigen und

zukünftigen Problemen dieses Planeten. Das machte seine besondere Wirkung aus und ihn von da an für meinen Unterricht unentbehrlich.

Die Idee, einen Film über seine Unterrichtsbesuche zu drehen, kam mir, als er einmal krankheitsbedingt absagen musste. Bei seinem nächsten Besuch war dann die Kamera dabei, ebenso bei der anschließenden Fahrt der Klasse nach Bergen-Belsen. Herausgekommen ist ein eindrucksvolles Dokument von Willy Hundertmarks engagierter Vermittlung der historischen Ereignisse.

Ein Schüler fasste seine Eindrücke so zusammen: „Nach dem Besuch von Willy Hundertmark kann ich die Nazizeit viel besser verstehen.“

Willy Hundertmark war nicht nur in Schulen aktiv, er war eine politische Institution in Bremen. Anlässlich seines 85. Geburtstages wurde sein Wirken von verschiedenen Persönlichkeiten dieser Stadt gewürdigt.

1989 war ihm – wohl als einzigem Kommunisten in Deutschland – das Bundesverdienstkreuz verliehen worden „für seinen unermüdlichen Einsatz für Menschen, denen in der Nazizeit Unrecht geschehen war“. Drei Jahre vorher war er mit dem Friedenspreis der Villa Ichon ausgezeichnet worden.

Wer war Willy Hundertmark?

Geboren 1907 in Thüringen, kam er im Alter von acht Jahren nach Essen. Dort machte er bei Krupp eine Lehre als Former in einer Gießerei. Er trat der Gewerkschaft bei und nahm 1923 an den ersten antifaschistischen Demonstrationen teil. Er wurde Jugendsprecher, gewerkschaftlicher Vertrauensmann und trat 1924 dem Kommunistischen Jugendverband bei... „die haben damals den besten Kampf geführt“.

Während der Massenentlassungen wurde auch er arbeitslos, engagierte sich in der Arbeitslosenbewegung und lebte von Stempelgeld und kleinen Einnahmen als Redakteur einer Arbeitslosenzeitung. Als guter Redner war er im Ruhrgebiet viel herumgekommen und „bei den Nazis bekannt wie ein bunter Hund“, weil er auch auf deren Versammlungen auftrat.

Dies wurde ihm 1933 zum Verhängnis. Auf offener Straße wurde er verhaftet, bekam eine „Sonderbehandlung“ und wurde ins KZ Sonderburg gebracht. Nach mehreren Monaten wurde er entlassen, um kurze Zeit später wieder festgenommen zu werden. Diesmal landete er in Braun-

weiler, einem Durchgangslager für das KZ Esterwegen. Seiner Frau Tilla verdankte er, dass er im April 1934 wieder frei kam. Sie hatte für ihren Mann einen Antrag auf Haftentlassung gestellt, den Haushalt in Essen aufgelöst und war nach Bremen gezogen. Die Nazis entließen ihn erst, als er unterschrieben hatte, niemals wieder nach Essen zurückzukehren.

Es folgten Arbeitslosigkeit in Bremen, eine Stelle in Thüringen und schließlich Arbeit in einer Gießerei in Hastedt. In den letzten Kriegsmontaten in Wildeshausen untergebracht, kehrte er als einer der ersten kurz nach Kriegsende nach Bremen zurück.

Er trat – nach kurzem Intermezzo in der SPD – wieder den Kommunisten bei, arbeitete bis 1982 als Heizungsleger bei der Gewoba, wo er bis zu Verrentung auch Betriebsratsmitglied war.

Während seiner Bremer Jahre war er ständig für die VVN – BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) aktiv, bis zuletzt deren Ehrenvorsitzender.

Neben seinen Vorträgen in Schulen, bei Gewerkschaftsveranstaltungen und in der Universität war er besonders durch seine antifaschistischen Stadtrundgänge bekannt. Für die Erforschung und unverfälschte glaubwürdige Vermittlung der Geschichte von Verfolgung und Widerstand und der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung ist sein Engagement nicht hoch genug einzuschätzen. Ebenso bei Ausstellungen, wie der ersten zum antifaschistischen Widerstand in Bremen 1977, bei Rundfunksendungen und in der Volkshochschule, bei seiner Mitarbeit in Arbeitskreisen und Vereinen.

IN BREMEN

Am 24. Mai 2019 wurde der neue Quartierplatz an der Geeststraße/Goosestraße im Stadtteil Gröpelingen unter Teilnahme vieler Menschen eingeweiht und als Willy-Hundertmark-Platz eröffnet.

Seither laden Hocker und Sitzbänke zur Pause und zum Gespräch mit Nachbarn ein, die den Platz charakterisierende Rotbuche spendet Schatten und eine Gedenkstele erinnert an Willy Hundertmark, dessen Familie auch an der Einweihung teilnahm.

Re:Generation

Ein transgenerationales Theater-Projekt mit
Berufseinsteiger*innen
& Menschen im Rentenalter

Hast du Lust mit Menschen im Berufseinstieg und Menschen in der Rente ins Gespräch zu kommen und zum Thema Arbeit und Beruf ein Theaterprojekt zu gestalten?

Dann ist das Re:Generation-Projekt genau das Richtige für dich! Es ist ein transgenerationales politisches Theater-Projekt mit Berufseinsteiger*innen (Auszubildende und Studierende) und Menschen im Rentenalter.

Wann?

April - Juni 2023 (12 Termine á 3 Stunden)
Aufführung am 2. Juli 2023

Wo?

Bürgerhaus Hemelingen

Wen suchen wir?

Etwa 12 Teilnehmende bestehend aus Auszubildenden, Studierenden und Renter*innen

Wer?

Leitung: Sophia Borgmann und Fanny Altmann
Organisation: Jens Tanneberg
(Arbeit und Leben Bremen)

Wieviel?

110 Euro pro Person,
105 Euro für GW-Mitglieder*innen

Falls du interessiert bist
oder Fragen hast,
melde dich gerne unter:
info@aulbremen.de

**Arbeit und
Leben**

BREMEN

KURZ & KNAPP

ARBEITSKREISE

IGM-Arbeitskreis-Senioren Bremen-Stadt

jeden 1. Mittwoch im Monat · 9 - 12 Uhr
DGB-Haus Bremen, Bahnhofplatz 22 - 28
im Tivoli-Saal oder siehe Aushang

IGM-Arbeitskreis-Senioren Bremen-Nord

jeden 2. Mittwoch im Monat · 10 - 12 Uhr
Haus der Arbeitnehmerkammer Bremen-Nord
Lindenstr. 8

Treffen der ver.di Senior:innen

jeden 2. Donnerstag im Monat · 14 - 16 Uhr
DGB-Haus Bremen, Bahnhofplatz 22 - 28
im Tivoli-Saal

GEW

jeden 2. Dienstag im Monat · 10 - 12 Uhr
(außerhalb der Schulferien)
DGB-Haus Bremen, Bahnhofplatz 22 - 28
im Tivoli-Saal oder siehe Aushang

NGG

jeden 1. Montag im Monat · 10 - 13 Uhr
DGB-Haus Bremen, Bahnhofplatz 22-28
im Tivoli-Saal

Genauere Auskünfte erteilen die jeweiligen Geschäftstellen.

LESERBRIEFE



Zur Ausgabe Nr. 46

Die letzte „wir“ fand ich klasse. Super, der Artikel von Wolfgang Bielenberg über die „Zeitenwende“ – die neue Begeisterung für Krieg und Rüstung, die mangelnden Bemühungen für Verhandlung. Sehr gut alles recherchiert und obendrein gut geschrieben. Aber auch die anderen Artikel fand ich gut. Eine Zeitung, die ich gerne gelesen habe. Danke.

Grüße und weiterhin viel Freude am schreiben!

Hilke Emig



GRATULATION

Hugo Köser ist 90 Jahre alt geworden? Kann das sein?

Wir sehen dich noch immer am 1. Mai mit IG-Metall-Fahne – sogar an jenem 1. Mai 2020, als der DGB Demo und Kundgebung wegen Corona abgesagt hatte. Damals warst du schon 51 Jahre IG-Metall-Mitglied.

Von Anfang an warst du am Entstehen der WIR beteiligt und viele Jahre aktiv in der Redaktionsarbeit. Wir haben deine Artikel, die Fülle an Karikaturen und eigenen Fotos geschätzt. Auch dass du noch bis vor wenigen Jahren einen großen Teil der Exemplare mit dem Fahrrad verteilt hast, habe besonders ich bewundert, seit ich sozusagen deine Tour übernommen habe.

Ich hoffe, dass wir auch deinen Rat an die Aktiven aus der WIR 40 zunehmend beherzigen: „Schön, dass es die WIR immer noch gibt. Aber locker bleiben, auch bei ernstesten Themen“.

Wir bemühen uns drum, lieber Hugo!

Dir noch viele weitere gesunde und aktive Jahre wünscht dir

Traudel – im Namen der ganzen WIR-Redaktion

Die Zeitung wird gefördert durch
DGB Stadtverband Bremen EVG Bremen,
GEW Bremen, IG Metall Bremen, NGG Bremen
und ver.di Bremen.

Über weitere Mitarbeiter:innen würden wir
uns freuen. Kritik und Anregungen sind uns
immer willkommen.

HERAUSGEBER & KONTAKT

Arbeitskreis DGB-Senior:innen Bremen
c/o Gerd Bohling, DGB-Haus Bremen
Bahnhofplatz 22-28 · 28195 Bremen
E-Mail: wir@aulbremen.de

V. I. S. D. P.

Jens Tanneberg · Tel. 0421 960 890
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben
(DGB/VHS) e. V. Bremen

REDAKTION

Wolfgang Bielenberg (GEW), Gerd Bohling,
Udo Hannemann, Hugo Köser, Hermann
Wilkening (IGM), Cornelia Förster-Bonomo,
Wolfgang Schröder (NGG), Willi Derbogen,
Marita Froese-Sarimun, Marlene Henrici,
Traudel Kassel, Bernd Krause, Reiner Meissner,
Margot Müller, Günther Wesemann,
Manfred Weule, Brigitte Wilkening,
Holger Zantopp (ver.di)

GESTALTUNG

Svenja Kerkhoff
handwerk – idee + design
www.handwerk-sk.de

DRUCK

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier,
Blauer Engel-zertifiziert
WIRmachenDRUCK GmbH
www.wir-machen-druck.de

Frühere WIR-Ausgaben unter
→ [www.aulbremen.de/projekt/
senior-innenzeitung-wir](http://www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir)



IMPRESSUM

27. Januar 2023

VERANSTALTUNGEN

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Veranstaltungen in Bremen
Januar bis April 2023

ERINNERN
FÜR DIE ZUKUNFT

Landeszentrale
für politische Bildung
Bremen

Gedenken an die NS-Opfer

Seit 1996 ist der 27. Januar in Deutschland der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Der Tag erinnert an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz vor 78 Jahren, in dem mehr als eine Million Menschen ermordet wurden.

In den Monaten Januar bis April 2023 finden dazu in Bremen zahlreiche Veranstaltungen statt, die sich in unterschiedlichster Form der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Gedenken an die Opfer widmen.

Der Schwerpunkt der zentralen Gedenkveranstaltung am 26. Januar im Rathaus und in mehreren weiteren Veranstaltungen 2023 befasst sich mit dem deutschen Vernichtungskrieg in Osteuropa als Leerstelle im Gedächtnis – und als Weckruf.

Der Flyer mit dem kompletten Veranstaltungsprogramm liegt an vielen Stellen aus – natürlich auch im DGB-Haus.

Das Gedenkprogramm ist auch im Online-Kalender zu finden.

→ www.politische-bildung-bremen.de

Wir
Älteren in den Gewerkschaften
in Bremen und Bremerhaven

Ausgabe 48 erscheint im April 2023

Frühere WIR-Ausgaben unter

→ www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir